

## **Proceso selectivo para ingreso en la Carrera Diplomática**

**Resolución de 28 de diciembre de 2022 (BOE de 31-12-2022)**

### **TEXTO DE ALEMÁN DEL SEGUNDO EJERCICIO**

**(23-05-2023)**

Eines der meist-missbrauchten Wörter der vergangenen Monate ist »Planwirtschaft«. Es bezeichnet laut dem »Lexikon der Wirtschaft «: »Eine Wirtschaftsordnung, in der das gesamte wirtschaftliche Geschehen von einer zentralen Stelle nach politischen und wirtschaftlichen Zielvorstellungen geplant, gelenkt und verwaltet wird.«

Es gibt in Deutschland keine »zentrale Stelle«, die »das gesamte wirtschaftliche Geschehen« plant, lenkt (!) und verwaltet. Wir leben in einer Markt-, nicht in einer Planwirtschaft. Nicht alle scheinen das zu verstehen.

Besonders groß scheint die Verwirrung bei Unternehmen und deren Verbänden, die mit fossilen Brennstoffen viel Umsatz machen. Gerald Linke zum Beispiel wollte diese Woche einen »planwirtschaftlichen Kurs bei der Wärmewende« erkannt haben , weil neue Heizungen künftig – wie bereits im Koalitionsvertrag von 2021 festgelegt – mit 65 Prozent erneuerbarer Energie betrieben werden sollen.

Zur Erinnerung: Im kalten Norwegen heizen schon jetzt 60 Prozent der Haushalte mit Wärmepumpe , im kalten Finnland 40 Prozent. Das ist auf lange Sicht nicht nur gut fürs Klima, sondern auch billiger.

Was diejenigen, die »Planwirtschaft« als Kampfbegriff verwenden, eigentlich wollen, ist Planlosigkeit. Oder Pläne, die sterbende Industrien künstlich am Leben erhalten sollen. Das lief doch die letzten vier Legislaturperioden auch so!

Wir haben uns aber, im eigenen Interesse, zu Klimazielen verpflichtet. Das Bundesverfassungsgericht hat sogar festgestellt, dass Klimaschutz in Deutschland Verfassungsrang hat. Ein Spitzenmanager, der bei einer Aktionärsversammlung keinen Plan zur Erreichung der Ziele für das nächste Geschäftsjahr vorlegen kann, wird seinen Job nicht behalten. Und in der Politik?

Tatsächlich wurde Deutschland sechzehn Jahre lang von Koalitionen regiert, die keinen Plan hatten, wie das Land klimaneutral werden könnte. Die erneuerbaren Energien wurden zwar ausgebaut, aber zu langsam. Anfängliches Wachstum wurde aktiv erstickt, die Wärmewende immer wieder vertagt. Man hielt fest an russischem Öl und Gas. Man verteidigte die Automobilindustrie tapfer gegen jeden drohenden Grenzwert. Jetzt steht nicht nur das Land dumm da, sondern auch ein Teil der Industrie. Da wäre ein Plan schon gut gewesen.

Das merken nun etwa die deutschen Automobilhersteller: Weil sie beim Thema Elektromobilität so lange geschlafen haben, rollen chinesische Hersteller den Weltmarkt auf. Und in China selbst, dem wichtigsten Absatzmarkt der deutschen Industrie, werden deutsche Autos mit Verbrennungsmotor zu Ladenhütern . Auch im Energiemarkt ist längst ein Kipppunkt erreicht: Erneuerbarer Strom ist konkurrenzlos billig.

Bundesländer wie Bayern verhinderten planvoll den notwendigen Ausbau von Stromtrassen und den Ausbau der Windenergie – jetzt wollen sie verhindern , dass die norddeutschen Länder von ihrem billigen Windstrom als Erste profitieren. Noch mal: Erneuerbarer Strom ist billiger. Wirklich.

Für manche Branchen ist das ein Problem. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU Sachsens hat das versehentlich einmal öffentlich gesagt : »Jedes zusätzliche Windrad im Land schwächt die Situation der Braunkohle.« Das ist noch nicht einmal zwei Jahre her.

Der Vorwurf trifft die Union nicht allein. Immerhin hat die SPD mit Gerhard Schröder nach wie vor Europas vermutlich bestbezahlten Gaslobbyisten in ihren Reihen, und der ehemalige SPD-Ministerpräsident Wolfgang Clement warb noch 2012 Seite an Seite mit dem heutigen FDP-Chef Christian Lindner für weniger Solar- und mehr Kohlestrom. Auch die Verzögerung des Windenergie-Ausbaus unter Peter Altmaier geschah mit Billigung des Koalitionspartners SPD.

Es wäre auch anders gegangen: In Dänemark zum Beispiel hat man Fernwärme massiv ausgebaut, und dort dürfen in Neubauten schon seit 2013 keine Öl- und Gasheizungen mehr verbaut werden. So sieht planvolles Handeln aus. Übrigens, ohne, dass eine »grüne« Partei überhaupt an der Regierung beteiligt war. Bei uns dagegen gilt Vernunft als »Ideologie« und Strategie als »Planwirtschaft«.

Jetzt sitzen im Bundeswirtschaftsministerium Leute, die tatsächlich einen Plan für die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft haben. Im Koalitionsvertrag von 2021 steht:

- Den Ausbau erneuerbarer Energien »drastisch beschleunigen«,
- »Jede neu eingebaute Heizung soll auf der Basis von 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden«,
- »Umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abbauen«,
- Deutschland zum »Leitmarkt für Elektromobilität« machen.

Den Koalitionsvertrag (einen Plan!) hat auch die FDP verabschiedet, die sich derzeit verhält wie eine Oppositionspartei. Von ihrem eigenen Plan scheinen die Liberalen immer wieder überrascht. Und auch die FDP kann vom Kampfbegriff nicht lassen: Die Ergebnisse des letzten Koalitionsausschusses kommentierte die Parteizentrale mit der Behauptung, »dass das Klimaschutzgesetz endlich aus der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft überführt« werde.

Bleibt die Frage, was eigentlich der Plan der größten echten Oppositionspartei ist. Diese Woche versuchten die Unionsparteien es mit einer Kampagne für Gas- und Ölheizungen. Das ist nicht im Interesse der Bevölkerung, denn Gas und Öl werden spätestens ab 2028 durch die Einbeziehung des Gebäudesektors in den Emissionshandel sehr schnell noch teurer werden. Wer sich jetzt noch schnell eine solche Heizung einbaut, wird das in einigen Jahren bereuen. Und in 22 Jahren ist die jetzt noch schnell eingebaute Gasheizung dann definitiv illegal.

Die Union trägt mit ihrer Desinformationskampagne im Dienste der Fossilbranchen aktiv dazu bei, dass Menschen unkluge Investitionsentscheidungen treffen. Auch das folgt offenbar einem Plan.

Die Frage ist, wem der nützen soll.

Christian Stöcker.